

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1916

18.1.1916 (No. 17)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 17

Dienstag, den 18. Januar 1916

159. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. 14 (Hauptpostamt)
Nr. 951, 952, 953, 954, wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 A 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung,
Briefträgergebühr eingerechnet, 3 A 67 P. — Einrückungsgebühr: die 6 mal gespartene Peltzeile oder deren
Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der bei Klagerhebung, zwangs-
weiser Beitreibung und Konturüberjahren fünfzig bet. Erfüllungsort Karlsruhe.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Berpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernehmen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 30. Dezember 1915 gnädigst geruht, der auf Geh. Hofrat Professor Dr. Georg von Below gefallenen Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg für das Studienjahr 1916/17 Allerhöchst Ihre Bestätigung zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Januar 1916 gnädigst geruht, die Registratoren Emil Winterhalter beim Landgericht Konstanz und Eugen Mum beim Amtsgericht Billingen, sowie die Justizsekretäre Matthäus Hanagarth beim Landgericht Freiburg, Ludwig Hübschmann beim Landgericht Mosbach und Otto Schell beim Männerzucht-haus Bruchsal unter Verleihung des Titels Oberjustizsekretär landesherrlich anzustellen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Januar 1916 gnädigst geruht, den Handelslehrer Johannes Brenneisen bei der Handelsschule in Lahr, den Revisor Artur Spitzmüller beim Verwaltungshof, den Revisor Wilhelm Brunner bei der Landesversicherungsanstalt Baden, die Revisoren Gustav Hoch beim Bezirksamt Staufen, Karl Schmidt beim Bezirksamt Pforzheim und Karl Mufser beim Bezirksamt Oppingen — die fünf letztgenannten unter Ernennung zu Oberrevisoren —, sowie die Verwaltungsekretäre Ludwig Wagner beim Bezirksamt Mannheim, Rudolf Murmann beim Oberverwaltungsamt Karlsruhe und August Weis beim Bezirksamt Wiesloch unter Ernennung zu Oberverwaltungssekretären und den Polizeikommissär Wilhelm Niedinger beim Bezirksamt Karlsruhe landesherrlich anzustellen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 5. Januar 1916 den Handelslehrer Karl Greiner in Karlsruhe auf Ansuchen aus dem badischen Staatsdienst entlassen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 23. Dezember 1915 den Eisenbahnsekretär Hermann Hög in Kippenheim nach Gengenbach versetzt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1) der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2) der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr von Glühstrümpfen (Glühkörpern für Beleuchtungszwecke), nicht ausgeglüht der Nr. 500 b und ausgeglüht der Nr. 371 des Statistischen Warenverzeichnis.

Berlin, den 10. Januar 1916.

Der Reichsminister.

Im Auftrage: Müller.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 17. Januar.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

London, 16. Jan. Die Abstimmung der Konferenz der Vergleute über die Dienstpflichtsbill hatte folgendes Ergebnis: 653 190 Stimmen dagegen, 36 100 dafür; 25 240 enthielten sich der Abstimmung. Der Konferenz wird besonders deshalb Bedeutung beigelegt, weil der ausführende Ausschuss die Teilnahme der Gewerkschaften der Vergleute an der nationalen Arbeiterkonferenz ablehnte, weil es die erste Vergarbeiterkonferenz war, deren Organisation das ganze Königreich umspannt, die stattd. nachdem die Einzelheiten der Bill von allen ihren Zweigvereinen erörtert worden waren. über die Form, die die Opposition gegen die Bill einnehmen soll, wurde nicht debattiert. Dies wurde einer zweiten Konferenz überlassen, die demnächst einberufen werden soll. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Unterausschuss des Arbeiterdreieckes der Vergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter bald zusammentreten und die Lage erörtern wird. Eine Resolution der Vergemannskonferenz spricht die Forderung aus, daß die Bill zurückgezogen werden solle.

London, 17. Jan. Der ausführende Ausschuss des Eisenbahnerverbandes hat gegen die Dienstpflichtbill einen Beschlusantrag angenommen, in dem es heißt:

„Die Bill begünstigt eine „Konfiskation des Lebens der Bürger“, läßt aber die materiellen Hilfsquellen in den Händen der privilegierten Klassen und muß daher von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die Vertreter des Zwangsprinzips seien offenbar von anderen Beweggründen geleitet als dem, den Sieg der Alliierten zu sichern. Das Versprechen des Premierministers betreffe einen Grundsat, welcher der Wählerschaft der Nation nicht vorgelegen habe und widerspreche den nationalen Überlieferungen der letzten fünfzig Jahre. Dieses Versprechen hätte überhaupt nicht gegeben werden dürfen und ist für die Nation nicht bindend.“

Der Beschlusantrag schließt: „Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Mäner, deren einziges Kapital die Arbeitskraft ist, bekämpfen.“

Der ausführende Ausschuss des Gewerbeverbandes der Lokomotivführer und Heizer hat ebenfalls einen Beschlusantrag angenommen, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft.

Kotterdam, 15. Jan. Aus London wird gemeldet: In England wurde ein nationaler Ausschuss gegen die Dienstpflicht gebildet, der die Bekämpfung des Gesetzes im ganzen Lande in die Wege leiten soll.

London, 17. Jan. Lord Chelmsford ist zum Vizekönig von Indien ernannt worden. Er wird sein Amt Ende März antreten.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Ein Gibraltar am adriatischen Meere.

London, 15. Jan. Die „Times“ gibt einen Artikel der „Neuen Freien Presse“ über den Wert Cattaros als Basis für die Flotte wieder und eines anderen Blattes, das die eroberte Basis von Montenegro und an der Küste als außerordentlich wertvoll für die bevorstehenden Kämpfe in Albanien kennzeichnet. Die „Times“ sagt, es ist zwecklos, die Wahrheit dieser Mitteilungen bestreiten zu wollen. Wenn Österreich im ungeführten Besitze des Lovitischen Berges bleibt, dann kann es von der Bucht Cattaro ein Gibraltar am Adriatischen Meere machen und ziemlich sicher nach Nord-Albanien vorrücken, wo die römisch-italienischen Stämme, die Miriditen, schon lange unter Österreichs Schutz stehen. Diese Aussicht ist für den Bierverband und besonders für Italien nicht angenehm. Die italienische Presse hat vor dem Falle des Berges Lovitischen aus- einandergesetzt, welche Folgen dieses Geschehnis haben werde. Darauf weisen nun die österreichischen Blätter hin. Man hat kaum nötig, zu sagen, daß dies nicht gerade Ereignisse sind, die die italienische Politik Italiens wollte. Vorbeugende Maßregeln sind jedoch unmöglich, ohne vorher ausgedacht zu sein. Bestehen solche Pläne über das Adriatische Meer? Nun, wo es nicht möglich war, Montenegro zu helfen, nachdem es bereits bei Serbien mißglückt war, so entsteht die Vermutung, daß derartige Pläne, falls sie überhaupt bestanden hätten, doch nicht richtig ausgeführt werden könnten. („Trk. Btg.“)

Wien, 14. Jan. Kaiser Franz Joseph ist am 11. Januar vom Deutschen Kaiser nachstehendes Telegramm zugegangen:

„Darf ich Dir von Herzen meine Glückwünsche ausstrecken zur Erstürmung des Lovitischen, die Deine tapferen Truppen mit bewundernswürdiger Ausdauer und Geschick durchgeführt haben. Gott hat sichtbar geholfen. Er wird ferner mit uns sein. Wilhelm.“

Hierauf erging am 12. Januar nachstehendes Antworttelegramm:

An Seine Majestät Wilhelm II.,
Deutscher Kaiser und König von Preußen,
Gochersreut durch Deine anerkennungsvolle Teilnahme an der neuesten Waffentat meiner tapferen Truppen, welchen es gelang, die starke Position des Lovitischen stürmend zu erobern, bitte ich Dich, meinen wärmsten Dank für Dein bundesfreundliches Telegramm empfangen zu wollen. Gottes Beistand wird uns zu gutem Ende unseres gemeinsamen Kampfes geleiten. Herzlichst Franz Joseph.“

Wien, 12. Jan. Aus Anlaß der Besetzung Kor-fus durch die Franzosen erinnert die „Neue Freie Presse“ an den Vertrag, der am 14. November 1863 zwischen Österreich-England, Preußen und Rußland abgeschlossen wurde und durch den die ionischen Inseln nach Aufhebung des englischen Protektorats mit Griechenland vereinigt worden sind. In diesem Vertrag wurde ausdrücklich erklärt, daß die ionischen Inseln nach ihrer Vereinigung mit Griechenland alle Vorteile einer immerwährenden Neutralität haben sollten. Ein zweiter Vertrag vom 29. März 1864 zwischen England, Frankreich und Rußland setzte die Gewähr für die Unabhängigkeit Griechenlands und die dauernde Neutralität Korfus fest. Aus alledem geht hervor, daß Korfu im Gegensatz zu den feierlichen Verpflichtungen besetzt wurde.

Aber auch für Rom ist die Besetzung Korfus ein schallender Beweis der Mißachtung der italienischen Ansprüche und Wünsche. Sie muß in Rom wie Rache wirken für die Nichtteilnahme Italiens an der Balkanaktion und als Zeichen dafür, daß der Wert der italienischen Bundesgenossenschaft sehr gering eingeschätzt wird. Der Lovitischen gestern, Korfu heute, Demütigungen von Feindeshand und Freundes-hand, das ist das traurige Ergebnis der bisherigen Kriegsführung Italiens.

Kopenhagen, 15. Jan. Das Kopenhagener „Extra-bladet“ schreibt in einem Leitartikel, von dem ganzen Balkanankand sei Italiens Haltung am beschämendsten. Der Entrüstungsschrei des italienischen Volkes, weil die Regierung Montenegro sorgenlos seinem entsehligen Schicksal überlassen habe, sei erklärlich. Italien sehe jetzt als Ergebnisse seiner Kriegspolitik die Deutschen und Österreicher als siegreiche Machthaber an der Adria. Aus Furcht vor einem eventuellen Nachzuwachs Serbiens und Griechenlands habe Italien seine eigenen Interessen am Adriatischen Meer geopfert, während seine Heere in Gebirgskämpfen nutzlos verbluten. Und wo sei Rußland, der große Beschützer der Balkanstaaten? Hunderte von Telegrammen berichteten von der gewaltigen russischen Offensive, wovon aber Montenegro nicht den geringsten Nutzen gehabt habe. Das Balkanunternehmen der Ententemächte sei ein betäubendes Kapitel im Weltkrieg.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Selbst in Italien verachtet!

Vern, 15. Jan. Die „Idea Nazionale“ bringt einen Leitartikel gegen den „Messaggero“, weil dieser einen enthusiastischen Aufsatz über den Abg. Liebknecht gebracht hatte. Man müsse Front machen gegen die Verhimmelung dieses Menschen durch die demokratische Presse Italiens. Für diese moralisch und geistig entartete Presse sei Liebknecht ein Held, weil er als Deutscher gegen Deutschland sich im Kriege auflehne, weil er als Bürger sein im Kriege befindliches Vaterland anklage und verurteile, und weil er als Bürger sein in einen tödlichen Kampf verwickeltes Vaterland im Ausland diskreditiere und verleumde und das Inland zu schwächen versuche. Die „Idea Nazionale“ sagt, daß ein solcher Mann kein Held, wohl aber ein Verräter sei. Der Verräter Liebknecht verdiene nur die Verachtung der Italiener.

Der Krieg zur See.

Köln, 15. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Köln. Btg.“ schreibt seinem Blatt zu der Angelegenheit: Man findet schwer einen parlamentarischen Ausdruck, um die Unberfrorenheit zu kennzeichnen, mit welcher der Verfasser der Note erklärt, die britische Regierung nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die deutsche Regierung verlange, es möchten die Grundzüge einer gesitteten Kriegsführung eingehalten werden. Das schreibt der Vertreter einer Regierung, die gegen die Truppen eines christlichen Kulturstaates farbige Kehlabschnitte in ins Feld schickt, die deutsche Zivilgefangene,

darunter Frauen, der Freiheit von Negern preisgibt und in deren Flotte ungestraft ein infamer Mörder vom Schlage des Kapitäns Mac Bride tätig ist. Wie die fluchwürdigen Mordtaten, die auf dem „Baralong“ begangen wurden, so sei die geradezu schamlose Art der Behandlung in der englischen Note nicht vergessen. Es seien wichtige Ereignisse für den Geist, von dem die leitenden Männer des heutigen Englands befeelt sind.

London, 15. Jan. „Lloyd's“ meldet: Der holländische Dampfer „Maas Haven“, der im Kanal aufgegeben wurde, nachdem er auf eine Mine gestoßen war, geriet bei Calais auf den Strand und brach in zwei Teile.

London, 16. Jan. „Lloyd's“ melden: Der britische Dampfer „Coquet“ (4390 Brutto-Tonnen) ist gesunken.

Der Krieg und die Heimat.

Berlin, 15. Jan. Der Kaiser hatte sich beim Reichskanzler zum Frühstück angefangen. Hierzu erhielten Einladungen: Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst v. Bissing, Generalgouverneur von Warschau, General v. Beseler, Vizepräsident des Staatsministeriums, Staatsminister Delbrück, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Jagow, Präsident des Herrenhauses, Graf Arnim-Boitzenburg, Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Loewitz, Präsident des Reichsbankdirektoriums, v. Havenstein, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Wahnshaffe, Verwaltungschef beim Generalgouvernement in Warschau, Dr. v. Kries, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, die diensttuenden Flügeladjutanten Major Graf Moltke und Major von Girschfeld.

Die Neutralen.

Die Baumwollkrise in der Schweiz.

Bern, 13. Jan. Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellt fest, daß trotz der Gründung des Einfuhrzolltarifs seit Monaten so gut wie nichts an Baumwolle in die Schweiz hereingekommen sei. Die Zahl der abgestellten Webstühle sei bis Ende 1915 auf 4288 angewachsen; bis Mitte nächsten Monats würden, wenn die längst bezahlte Rohbaumwolle weiter in den europäischen Häfen und an der Südgrenze der Schweiz zurückgehalten wird, rund 7000 Webstühle feiern und 337 000 Spinn- und Zwirnspeindeln stillstehen. Bei den notwendigen Arbeiterentlassungen müsse man mit ausländischen, namentlich mit italienischen Arbeitern, den Anfang machen. Die Erbitterung der Geschädigten werde wachsen und sich gegen das unverdienter Schicksal richten, das zu wenden in der Macht der maßgebenden Staaten läge. („Frankf. Ztg.“)

Newyork, 12. Jan. Die Zeitung „World“ sagt, laut Sunbrosch des W.L.B., in einem Leitartikel: Kein anderer ausländischer Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten ist jemals so freigeigig und unterschiedlos beschimpft worden, wie der deutsche. Den überzeugtesten Parteigängern der Alliierten bedeutet allein schon seine Anwesenheit eine unerbittliche Beleidigung. Wenn jetzt der Streit wegen der Unterseeboote, der uns hart an den Rand des Krieges mit Deutschland brachte, schließlich entsprechend dem Geiste der Menschlichkeit beigelegt wird, so wie es Wilson aufgestellt hat, so schulden wir die Beilegung des Streits dem Grafen Bernstorff, seiner staatsmännischen Kunst, Voraussicht und seinem großen moralischen Mute. Es ist leicht für die Amerikaner, mit lockerer Zunge den Vorkämpfer anzugreifen, dessen Regierung zufälligerweise nicht volkstümlich ist, aber Erwägungen der gewöhnlichen Höflichkeit raten zu einer besseren Behandlung, als sie dem Grafen Bernstorff von einem gewissen Teil der amerikanischen Presse und des amerikanischen Publikums zuteil geworden ist.

Newyork, 15. Jan. Der „Newyork American“ meldet: In Washington verlautete, der englische Vorkämpfer habe seine Regierung telegraphisch von der Feindseligkeit benachrichtigt, die Runciman's Boykottplan in Amerika hervorgerufen habe. Aus gut unterrichteter Quelle erfährt das Blatt, daß der englische Vorkämpfer nicht der Meinung sei, daß seine Regierung einen solchen Plan gutheißen werde. Es wird bestätigt, daß der Vorkämpfer persönlich ein eifriger Gegner einer solchen Politik ist.

Panama-Enttäuschung.

Aus Berlin wird der „Zürcher Post“ unterm 5. Januar geschrieben: „Die Eröffnung des Panamakanals ist seinerzeit von der ganzen Welt als der Anfang einer neuen Epoche im Weltverkehr und der Beginn einer neuen Ära für die nordamerikanische Union als Weltmacht beurteilt und neidlos gefeiert worden. Man bewunderte den Unternehmungsgeist und die Tatkraft des Pankeetums, das ein Riesenerfolg zustande gebracht hatte, für das sich eine unter Führung des Erbauers des Suezkanals gegründete große europäische Gesellschaft als technisch und moralisch unzulänglich erwies. Wenn der unter gewaltigen Schwierigkeiten vollzogene Durchbruch hielt, was er versprochen, mußten die Besitzer und Beschützer der neuen Verkehrsstraße sich den weitaus größten Teil des Seeverkehrs zwischen Europa und der ganzen Westküste der neuen Welt, mit dem größten Teil der Ostküste Asiens, mit ganz Japan, einem großen Teil Australiens und Neuseelands und den Inseln der Südsee tributpflichtig machen können. Der Suezkanal wäre zum großen Teil entwertet gewesen, England hätte ohne weiteres den größten Teil seiner bisherigen Seegewalt an die Hüter des neuen Lores für den zukunftsreichsten Weltverkehr abtreten müssen. Von größter Tragweite müßte der auch für die Machtstellung der Nordamerikaner im

Stillen Ozean werden, bot er doch die Möglichkeit, die amerikanische Flotte rasch aus dem Atlantischen in den Stillen Ozean zu werfen, und umgekehrt.

Nun stellt sich heraus, daß auch das amerikanische Panamakanalunternehmen aller Voraussicht nach einen Fehlschlag bedeutet. Auch die Pankeets haben sich bei dieser Anlage verrechnet und Faktoren außer Betracht gelassen, die sie um die Früchte ihrer jahrelangen Anstrengungen zu betrügen drohen. Der Verkehr auf dem Panamakanal hat schon seit einigen Monaten eingestellt werden müssen, weil ein Teil durch Erdbeben zerstört worden ist. Und nun erfährt man, daß die in Vorbereitung geratenen Erdmassen so umfangreich sind, daß sie der Tätigkeit aller Bagger spotten. Sachverständige behaupten aber, daß es sich hierbei nicht um ein unerschuldertes Unglück handle. Sie stellen die Erdbeben als Folgen der überfüllten Gänge hin, mit der die Erbauer des Kanals, von den Regierenden in Washington gedrängt, darauf hinarbeiteten, möglichst schnell beide Ozeane zu verbinden, wobei man dann auch in viele Fehler verfiel, die sich schon für das französische Unternehmen als verhängnisvoll erwiesen haben. Wenn diese kritischen Stimmen Recht behalten, müssen sich die Anstrengungen, der Erdbeben Herr zu werden, als Schiffsbauarbeit erweisen, womit der ganze Panamakanal in Frage gestellt würde.

Weitere Nachrichten.

Konstantinopel, 16. Jan. Ein Telegramm von der persischen Grenze berichtet über einen Kampf zwischen durch Freiwillige verstärkten persischen Gendarmen und Russen bei Nimmijmaa (?) auf der Straße Teheran-Kaswin. Die Russen hatten große Verluste; die persischen Verluste sind relativ gering. Die Russen gehen in ihrer Wildheit so weit, persische Reichsname zu verstümmeln.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 17. Januar.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin besuchten gestern mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise den Gottesdienst in der Schloßkirche.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute die Vorträge des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Berichte über die Verhandlungen der Budgetkommission am Donnerstag, den 13. Januar 1916.

Ges. stand: Beratung der „Zweiten Denkschrift der Grok. Staatsregierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges“; ferner Beratung des Gesetzentwurfes über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten.

Nach einer längeren Aussprache über den Zeitpunkt der Veröffentlichung der amtlichen Berichte über die Kommissionsverhandlungen wird die Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Landwirtschaft fortgesetzt.

Ein Mitglied macht darauf aufmerksam, daß im Bezirk Schönau sowie in Barmen viele Stallungen mit Jungvieh überfüllt seien; Maßnahmen zur Regelung des Absatzes seien dort dringend geboten, sonst bestünde die Gefahr übermäßiger Abschachtung der Kälber. Der Ergänzung des Pferdebestandes müsse ständige Aufmerksamkeit zugewendet werden. Klagen über schlechte Fütterung bei Pferden, die im Felde waren, seien teilweise begründet; meist seien aber die betreffenden Pferde schon mit schlechten Füssen ins Feld gekommen. Die aus dem Ausland eingeführten Fohlen sollten auf der Weide die Staatsunterstützung in gleicher Weise genießen wie die inländischen. Mit vom Militär als unbrauchbar abgegebenen Pferden seien oft unlaubere Geschäfte gemacht worden; Händler hätten die Pferde zurechtgestutzt und dann zu ungewöhnlich hohen Preisen wieder an die Militärverwaltung zurückverkauft; dem sollte durch Anbringung von Brandzeichen Einhalt getan werden. Auch die Erfahrungen des Krieges hätten ergeben, daß die Halbblüter den Kaltblütern vorzuziehen seien; die Kaltblüter seien weniger widerstandsfähig gegenüber Witterungseinflüssen. Die ausgesetzten Erfolge, welche die Fohlenweide in Schönau im letzten Jahre ohne Kraftfutter aufzuweisen hatte, lasse eine Prüfung der Frage angezeigt erscheinen, ob die Fütterung von Kraftfutter auf der Weide überhaupt notwendig sei. Zur Tötung rogvordächtiger Pferde solle man nicht auf Grund der Mutuntersuchung allein schreiten, sondern zuvor auch noch die Malleinangensprobe und die subkutane Probe vornehmen. Die von anderer Seite angeregte Beibehaltung kleinerer Sperrbezirke bei der Maul- und Klauenseuche sei nicht ratsam; bei heftigerem Auftreten der Seuche seien große Sperrbezirke unbedingt notwendig.

Ein anderes Mitglied dankt der Regierung für die bisher getroffenen landwirtschaftlichen Maßnahmen und eruchtet sie, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. Um im kommenden Sommer der Landwirtschaft eine gleichmäßige Verwendung von Kriegsgefangenen zu sichern, sollte man die Gemeinden schon jetzt auffordern, ihren Bedarf an Kriegsgefangenen alsbald anzumelden und für die Bereitstellung der erforderlichen Anzahl von Gefangenen schon jetzt sorgen. Die einzelnen Kommandos sollen nicht so oft gewechselt werden, damit sich die Gefangenen einleben könnten. Bei richtiger Be-

handlung mache man durchweg gute Erfahrungen mit den Kriegsgefangenen. Wenn möglich, sollte ihre Beschäftigung auch in den Grenzbezirken am Oberrhein zugelassen werden; der Rhein biete genügende Sicherheit gegen Entweichungen, wenn man unter den Gefangenen die richtige Auswahl treffe. An die Entwässerung der Wiesen sollte in erweitertem Umfang herangegangen werden. Die Halbblüter seien auch nach seinen Erfahrungen den Kaltblütern vorzuziehen. Die hohen Ferkelpreise ließen die Regelung des Ferkelbezugs dringend geboten erscheinen, zumal die Gefahr der Seucheneinschleppung durch Ferkel sehr groß sei. Die Sperrbezirke, wie sie während des Krieges abgegrenzt seien, seien auch im Frieden groß genug. Die Viehseuchengesetze hätten den Mangel, daß sie nicht schärfere Maßregeln gegen den Besitzer des verseuchten Gehöftes zuließen. Bei Bestrafung von Landwirten, welche geringe Mengen Getreides usw. bei den Vorraterhebungen nicht angemeldet hätten, sollten keine Freiheitsstrafen erkannt, sondern lieber die nichtangemeldeten Vorräte eingezogen werden. Zweckmäßig wäre es, wenn man in der Presse belehrende Artikel darüber erscheinen ließe, was der Landwirt jetzt leistet, statt daß man die anderen Stände gegen ihn aufbeize, weil er im allgemeinen jetzt auf seine Rechnung komme. Bei Verbessehung der Anträge auf Kriegselterngeld werde oft ein zu strenger Maßstab angelegt. Die Kriegsverordnungen des Bundesrats seien zu sehr nach norddeutschen Verhältnissen zugeschnitten und paßten deshalb oft nicht in unsere kleinsünderlichen Verhältnisse. Die Erhebung der Kartoffelvorräte werde hoffentlich ein günstiges Ergebnis haben, so daß eine Einschränkung des Kartoffelverbrauchs, namentlich zu Futterzwecken, nicht erforderlich sein werde.

Ein Mitglied wünscht unter Hinweis auf einen Einzelfall, in welchem für die Unterbringung von Kriegsgefangenen und deren Überwachung zu weitgehende Forderungen gestellt worden seien, Milderung der erlassenen Vorschriften und entsprechende Anwendung der Bezirksämter, dieselben nicht zu streng zu handhaben. Die Sämaschinen, welche auf Betreiben der Regierung allerorts angeschafft worden seien, hätten sich sehr gut bewährt. Der Mangel an Fühnerfutter werde dazu benutzt, außerordentliche Preise für nicht vollwertiges Futter zu verlangen; die Festsetzung von Höchstpreisen sei hier notwendig. Das Schlachtverbot für trächtige Rinder und Mutterchweine sei lebhaft zu begrüßen. Ein gleiches Verbot gegen zu weitgehendes Abschachten von Kälbern sei geboten, da hiervon ein bedenklicher Rückgang des Rindviehbestandes zu befürchten sei. Der Schweinebestand habe abgenommen, weil nicht rechtzeitig gegen zu frühes Abschachten eingeschritten worden sei und die Bauern eine Beschlagnahme der Schweine befürchtet und deshalb in großer Nähe Hausabschlachtungen von unreifen Schweinen vorgenommen hätten; eine amtliche Aufklärung, daß eine solche Beschlagnahme nicht in Aussicht stehe, wäre notwendig gewesen.

Auch von einem anderen Mitglied wird der Regierung für die von ihr getroffenen Maßnahmen Dank ausgesprochen und betont, daß man hauptsächlich infolge dieser Maßnahmen in der Lage sein werde, durchzuhalten. Es müsse anerkannt werden, daß auch die Bezirksämter trotz großer Schwierigkeiten ihrer Aufgabe durchaus gerecht geworden seien; daselbe gelte von den Bürgermeisterämtern. Der weitgehende Ausbau der Brache sei zu begrüßen, ebenso die Durchführung von Be- und Entwässerungen; namentlich letztere seien vielerorts notwendig. Beim Ankauf von Pferden durch die Militärverwaltung seien vielfach Pferde kurz nach dem Abholen gekauft worden; der den Besitzern hierdurch entstandene Schaden sollte ihnen vergütet werden. Der Rückgang der Rufernte infolge massenhaften Fällens von Nuzbäumen sei zu bedauern.

Ein Mitglied befragt auch vom Unterland, daß dort manche Ställe mit Rindvieh überfüllt seien und man deshalb vielfach Kälber abstoße. Was von den Vorrednern über Wiesenverbesserungen ausgeführt worden sei, könne er nur unterstreichen. Sehr zu begrüßen sei es bei dem herrschenden Futtermangel gewesen, daß die Forstnebennutzungen in weitgehendem Maße den Bauern überlassen worden seien, so daß das meiste Stroh als Futter verwendet werden konnte. Die landwirtschaftliche Bevölkerung habe im letzten Jahre übermenschliches geleistet, um die Ernte richtig einzubringen, aber auch die Maßnahmen der Regierung hätten viel zu dem Erfolge beigetragen. Die Tätigkeit der Bezirksbeamten verdiene volle Anerkennung; trotz Arbeitsüberhäufung und Personalmangels seien sie ihrer vielseitigen Aufgabe nach jeder Richtung gewachsen gewesen. Die Einberufungen bisher als unabhörmlich anerkannter größerer Landwirte seien bedenklich, da die Kriegsgefangenen die nötigen Arbeiten ohne tüchtige Leitung nicht verrichten könnten. Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche müsse energisch durchgeführt werden. Im Pferdebestand seien durch den Krieg große Lücken eingetreten; vielfach habe die Militärverwaltung trüchtige Zuchtstuten ausgehoben; dies sei im Rheinland nicht der Fall gewesen, dort seien fast alle Zuchtstuten noch in den Händen ihrer Besitzer. Durch die Veranstaltung von Versteigerungen kriegsunbrauchbar gewordener Pferde habe sich die Landwirtschaftskammer große Verdienste erworben; leider seien unter diesen Pferden manche gewesen, die sofort zum Metzger gehört hätten; den entstandenen Verlust habe die Land-

wirtschaftskammer in entgegenkommender Weise teilweise auf sich genommen. Die von ihr aus Belgien eingeführten Fohlen seien ausgezeichnetes Material; eine große Zahl derselben sei schon trüchtig, was im Interesse der einheimischen Pferdezucht sehr zu begrüßen sei. Zur weiteren Erhöhung des Pferdebestandes sei die baldige Bornahe einer Stutenschau zu empfehlen, auf Grund deren dann Freideckseine erteilt werden sollten. Der den Fohngütern durch den Zuchtrückgang entstehende Ausfall sollte ihnen ersetzt werden. Die Halbblüter seien vielleicht im Kriege besser zu verwenden, als die Kaltblüter, aber letztere seien für die Pferdegüchter gewinnbringender und kämen in letzter Zeit auch mehr und mehr in Baden auf; die Einführung belgischer Kaltblutstuten werde diese Zucht nach dem Kriege noch mehr in Aufschwung bringen. Zu bedauern sei, daß im Mittellande einzelne Beschäftigten wegen Wärmemangels nicht besetzt seien; es müsse sich doch ermöglichen lassen, die erforderlichen mit Hengsten vertrauten älteren Leute vom Militärdienst freizubekommen. Daß zahlreiche Rußbäume geschlagen würden, sei bei der Höhe der Holzpreise nicht verwunderlich.

Ein anderes Mitglied hält ebenfalls Maßnahmen gegen übermäßiges Abschachten von Kälbern für notwendig und schlägt Einführung eines beschränkten Aufzuchtzwanges vor. Der Rückgang des Pferdebestandes lasse die Förderung der Pferdezucht äußerst wichtig erscheinen, insbesondere diejenige der Halbblutzucht, da sich die Halbblüter auch im Krieg bewährt hätten. Auch der Förderung der Schweinezucht und der Beseitigung des Futtermangels müsse die Regierung ihr ganzes Augenmerk zuwenden. Die Schweine seien infolge des Futtermangels vielfach schlecht genährt. Landwirte, welche ihre Vorräte bei den Bestandserhebungen nicht richtig angeben, gehörten empfindlich gestraft; es seien immer dieselben Leute, die sich derartige Zuwiderhandlungen zu schulden kommen ließen. Mit den Maßnahmen der Regierung könne man sich im großen und ganzen durchaus einverstanden erklären und sie nur bitten, in den bewährten Bahnen weiterzufahren.

Der Herr Minister des Innern dankt der Kommission für die Anerkennung, welche die Maßnahmen der Regierung allerseits gefunden haben und betont die Schwierigkeiten der Aufgabe, einerseits das Durchhalten und die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Milch zu sichern, andererseits die Erhaltung und Ergänzung der Viehbestände zu ermöglichen. Die Regierung werde auch weiterhin alles tun, was in ihren Kräften stehe, um das Ziel, so gut es irgend gehe, zu erreichen. Was die Abnahme des Rindviehbestandes anlangt, so sei eine solche allerdings gegenüber dem Stand von 1913 und 1914 zu verzeichnen, doch sei dieselbe im Vergleich zu der großen Zahl des Bestandes geringfügig; gegenüber dem Stand vom Dezember 1912 sei heute sogar eine Zunahme um 34 000 Stück festzustellen. Die Tatsache, daß trotz des Rückganges von einer Überfüllung der Ställe an einzelnen Orten die Rede sei, erkläre sich aus örtlichen Verschiedenheiten, unter anderem auch daraus, daß das Jungvieh vom Wälderchlage nicht so viel Schlachtwert habe, weshalb sich ein vorzeitiges Abstoßen nicht empfehle. Der Gedanke, hier auf dem Wege abzuweichen, daß man das Vieh durch die Städte oder Genossenschaften aufkaufen und anderwärts bis zur Schlachtreife einstellen lasse, sei sehr erwägenswert und werde von der Regierung weiter verfolgt werden. Um die Aufzucht und Ernährung der Schweine zu sichern, habe die Regierung in Aussicht genommen, Futter, welches aus den Balkanländern eingeführt werde, zu annehmbaren Preisen den Landwirten zur Verfügung zu stellen; die Differenz gegenüber den sehr hohen Einfuhrpreisen solle auf die Staatskasse übernommen werden. Die Nachprüfung der Aufnahme des Brotgetreides werde hoffentlich ein besseres Ergebnis zeigen, als die letzte Aufnahme; dann werde auch wieder Futterschrot zur Verfügung stehen. Der Schweinebestand sei in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember 1915 etwas zurückgegangen, doch komme dies hauptsächlich daher, daß um jene Zeit besonders viele Hauschlachtungen stattfänden. Gegen das Gerücht, es stehe ein Beschlagnahme der Schweine bevor, habe die Regierung alsbald bekannt gemacht, daß ihr nichts davon bekannt sei. In der Presse sei allerdings vielfach verlangt worden, daß alle Lebensmittel in größtem Umfang beschlaggenommen werden sollten; solche Verlangen und andererseits die in der Presse gegen die Landwirte gerichteten Vorwürfe seien gerade geeignet, derartige Befürchtungen zu erwecken. Es müsse unter den gegebenen Umständen von jedem einzelnen verlangt werden, daß er ruhiges Blut bewahre und, wo es nötig sei, beruhigend einwirke und daß man die nötigen Auskünfte bei der richtigen Stelle einhole.

Auch um die Beschaffung von Geflügelfutter sei die Regierung bemüht gewesen, es seien zu diesem Zwecke 2518 Zentner Gerste an Baden zugewiesen worden, außerdem seien 1280 Zentner aus der beschlaggenommenen Hälfte der Vorräte hierfür erworben worden. Der von einem Mitglied beanstandete Preis für Hühnerfutter könne, je nach Art und Beschaffenheit des Futters, nicht als außergewöhnlich hoch bezeichnet werden, wenn man die derzeitigen Verhältnisse in Betracht ziehe, insbesondere die Schwierigkeit des Bezugs aus dem Ausland und die Notwendigkeit der weitestgehenden Verwendung des Getreides als Nahrung für die Menschen. Der Rückgang des Geflügelbestandes könne im übrigen nicht als besorgniserregend bezeichnet werden; die Er-

haltung des Bestandes werde auch weiterhin Sorge der Regierung sein.

Der Pferdebestand habe durch die Aushebungen und die geringe Einfuhr bedeutende Einbußen erlitten. Dem Vorschlag, die Pferdezucht durch Veranstaltung einer Stutenschau wieder zu heben, stehe er sympathisch gegenüber, wenn auch die derzeitige außerordentliche Inanspruchnahme der Bezirksärzte und der anderen Sachverständigen die Ausführung einigermaßen erschweren. Der Vorschlag werde geprüft werden. Auch die Frage der Schadloshaltung der Hengsthalter für ihre Einbuße durch Rückgang der Pferdezucht werde erwogen werden, obwohl nicht übersehen werden dürfe, daß die Hengsthalter die gerade jetzt sehr wertvolle Arbeitskraft der Hengste auszunutzen in der Lage seien und dadurch auch Vorteile hätten. Viele anderen Staatsbürger erlitten in der jetzigen Zeit ebenfalls große Verluste, die ihnen niemand ersetze. Die Frage, ob Halb- oder Kaltblutzucht, werde Gegenstand weiterer Beratungen nach dem Kriege sein. Tatsache sei, daß sich die Landwirte mehr und mehr der Kaltblutzucht zuwenden, da die Kaltblüter sich besser als Arbeitspferde eignen, worauf großer Wert gelegt werde. Die auf die Weide gebrachten belgischen Fohlen würden bezüglich der Staatsunterstützung ebenso behandelt, wie die einheimischen. Ungehörigkeiten, die beim Verkauf dienstunbrauchbarer Pferde vorgekommen sein sollten, werde jetzt durch Brandabzeichen vorgebeugt; die Regierung sei bereit, etwa namhaft gemachte Einzelfälle zur Kenntnis der Militärbehörde zu bringen. Ob die Jungviehweiden ohne Kraftfutter auskommen könnten, werde geprüft werden; die besondere Güte des diesjährigen Futters dürfe jedenfalls nicht übersehen werden. Bei Rotunterstützungen werde in Baden vielfach die Malleinprobe angewendet; ob die Anordnung der Tötung rotverdächtigter Pferde lediglich auf Grund des Ergebnisses der Blutuntersuchung besser unterbleibe, werde erneut geprüft werden.

Was die vermehrten Einberufungen zum Heeresdienst anlangt, so gehe jetzt das militärische Interesse allen anderen vor; übrigens werde durch Urlaubsbewilligungen soweit wie möglich entgegengekommen und die Verwaltungsbehörden befürworteten begründete Urlaubsgesuche in weitestgehendem Maße. Der vermehrte Bedarf an Kriegsgefangenen werde voraussichtlich gedeckt werden können; ein neues Lager sei im Hinterland im Bau. Was die Anforderungen hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung der Gefangenen anlangt, die in einem Einzelfalle als zu weitgehend bezeichnet worden seien, so seien sonst derartige Beschwerden nicht zur Kenntnis der Regierung gekommen. Die jetzt bestehenden Vorschriften und Anforderungen müßten als durchaus angemessen bezeichnet werden; ein Bedürfnis nach allgemeiner Anweisung der Bezirksämter, bei ihrer Durchführung möglichst nachsichtig zu sein, könne nicht als vorliegend anerkannt werden. Die gewünschte Umfrage nach dem voraussichtlichen Bedarf an Kriegsgefangenen sei von der Inspektion der Kriegsgefangenenlager bereits eingeleitet. Zu häufiger Wechsel der einzelnen Kommandos finde neuerdings nicht mehr statt. Vor der Anordnung, daß in einer bestimmten Entfernung von der Grenze Kriegsgefangene nicht beschäftigt werden dürften, seien Ausnahmen zulässig und auch wiederholt bewilligt worden.

Doch es zu begrüßen gewesen wäre, wenn Kulturunternehmungen in größerem Umfang hätten ausgeführt werden können, sei richtig; die Umfrage nach geeigneten Unternehmungen habe leider ein wenig günstiges Ergebnis gehabt; außerdem habe aber die erforderliche Zahl von Kriegsgefangenen nicht zur Verfügung gestanden, denn der Bedarf der Landwirtschaft und Industrie habe kaum gedeckt werden können. Im übrigen zeige die Inspektion allen besonderen Wünschen gegenüber weitgehendes Entgegenkommen und volles Verständnis für die maßgebenden Verhältnisse.

Der Raubwirtschaft, welche mit den Rußbäumen getrieben werde, werde durch eine demnächst erscheinende Anordnung des Generalkommandos über Bestandserhebungen und Beschlagnahme von Rußbaumholz ein Ende gemacht werden. Für die Entwässerung des Pfaffenrieds sei seinerzeit ein kleineres Projekt ausgearbeitet gewesen, welches die Beteiligten jedoch abgelehnt hätten; für ein umfassenderes Unternehmen liege ein Projekt zurzeit nicht vor. Die Regierung werde nach Maßgabe der ihr seinerzeit zur Verfügung stehenden Mittel wenn möglich einen Zuschuß zu dem Unternehmen gewähren. Zum Schluß gibt der Herr Minister noch Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der inländischen Stickstoff- und Futtermittelherzeugung.

Der Berichterstatter hält Kraftfutterzugabe auf der Weide nicht für notwendig; er führt die stärkere Abschachtung von Kälbern auf die hohen Fleisch-, Milch- und Butterpreise zurück und ist der Ansicht, daß Anlaß zu Sorge hierwegen nicht vorliege. Zusammenfassend stellt er fest, daß die landwirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung durchweg gut gewirkt hätten und die ihr gewordene Anerkennung vollauf verdienten.

Die Verhandlungen über die Denkschrift werden hier abgebrochen und es wird in die Beratung des Gesetzentwurfes, die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten betr. eingetreten. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen ein Gesetzesvorschlag eingereicht, der die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten mit Rücksicht auf die voraussichtliche längere Dauer der dies-

maligen Tagung herabsetzt und die Freifahrtberechtigung mit der Begründung ausdehnt, die besonderen Zeitverhältnisse ließen es wünschenswert erscheinen, daß die Abgeordneten auch nach Auseinandergehen des Landtags hin und wieder persönlich mit ihrem Bezirk Fühlung nähmen. Der Vorschlag wurde einem Unterausschuß zur Prüfung überwiesen, welcher sich schließlich auf folgenden Wortlaut des Gesetzentwurfes einigte:

§ 1. Die Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer der Ständeversammlung erhalten für den ordentlichen Landtag 1915/16 von der ihnen nach § 1 und 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 31. Januar 1910, die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten betr. (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 59), zustehenden Aufwandsentschädigung nur so viele Mästel ausbezahlt, als während der Dauer der Tagung und am Ersten des darauffolgenden Monats gemäß Abs. 2 des § 2 fällig werden.

§ 2. Das nach § 1 des genannten Gesetzes den Abgeordneten der beiden Kammern eingeräumte Recht der freien Fahrt auf den badischen Staatsbahnen wird dahin erweitert, daß die Abgeordneten nach Schließung des ordentlichen Landtags 1915/16 auch über die im Gesetze vorgesehenen 8 Tage hinaus auf den badischen Staatsbahnen sowie den badischen Bodenseedampfschiffen freie Fahrt erhalten bis zur Einberufung eines etwaigen außerordentlichen Landtags oder, falls ein solcher vor Zusammentritt des nächsten ordentlichen Landtags 1917/18 nicht einberufen wird, bis zu dem von der Regierung bekannt zu gebenden Zeitpunkt, an welchem feststeht, daß von der Einberufung eines außerordentlichen Landtags Umgang genommen wird. Der Vorschlag des Unterausschusses wird von der Kommission einstimmig gutgeheißen.

Gedenktage

des 1. Badischen Leib-Grenadierregiments Nr. 109:
17.—22. Januar 1915, Lorettöhöhe, nördlich Ablain. Das 1. Bataillon war auf dem Südhange der Lorettöhöhe bei Ablain in schwerem Kampf um die „Kanzelstellung“, die im stärksten feindlichen Artilleriefeuer behauptet wurde.

Gründung einer badischen Gesellschaft für soziale Hygiene.

oc. Karlsruhe, 17. Jan. Gestern nachmittag fand hier im großen Rathssaal die Versammlung zur Gründung einer badischen Gesellschaft für soziale Hygiene statt. Dazu waren erschienen Vertreter der Ministerien des Innern und des Kultus, des Landesversicherungsamtes, der Hochschulen des Landes, der kirchlichen Behörden und verschiedener Städte. Der Medizinalreferent im Ministerium des Innern, Geh. Obermedizinalrat Dr. Gausler eröffnete die Versammlung namens des vorbereitenden Ausschusses und begrüßte die Erschienenen, worauf Dr. Fischer die Gründungsrede hielt. In seinen einleitenden Darlegungen beleuchtete der Redner die Gesundheitspolitik der letzten Jahrzehnte, die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung, die Bekämpfung der Infektionskrankheiten, und zeigte, wie unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse und der sozialen Gesetzgebung neue hygienische Fragen auftauchten.

Die Aufgaben der neuen Gesellschaft sollen sein, das Material, das der Erkenntnis der sozialhygienischen Zustände dienen kann, systematisch zu sammeln und nutzbar zu machen. Aussprachen über sozialhygienische Fragen sollen veranstaltet werden. Die gesetzgebenden Körperschaften, die Behörden und Verwaltungen sowie Vereine und Unternehmer sollen durch geeignete Mittel zu wirksamen Maßnahmen angeregt werden. Ferner soll ein Badisches sozialhygienisches Institut amnestret werden, um als Zentralstelle für die wissenschaftliche Arbeit und die praktische Betätigung der Gesellschaft zu dienen. Auch will die neue Gesellschaft mit bestehenden Vereinigungen, die sich Zweigen der Volksgesundheit widmen, Verbindungen anknüpfen.

Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen beehrte namens des Ministeriums des Innern Geh. Rat Arnsperger die Gründung und reale eine Ausdehnung auf das ganze Deutsche Reich an. — Bürgermeister Reich aus Eberbach, der in der Ersten Kammer schon für ein sozialhygienisches Institut eingetreten war, äußerte ebenfalls seine Zustimmung. In der weiteren Aussprache warnte u. a. Geh. Rat Dr. Baumeister vor Zersplitterung, war aber ebenfalls mit der Gründung einverstanden. — Stattdr. Dieck in Karlsruhe betonte, daß die Gesellschaft die Pflege der Bevölkerungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Aufgaben stellen müsse.

Dann wurde zur Beschlußfassung geschritten und die Gründung der Gesellschaft vorgenommen. Die Satzung, in denen betont wird, daß die Gesellschaft keinerlei politische Zwecke verfolgt, wurden genehmigt und bei den Wahlen wurde Geh. Rat Gausler zum ersten, Geh. Rat Dr. Lange zum zweiten Vorsitzenden, Dr. Fischer zum Geschäftsführer und Geh. Rat Dr. Reich zum Kassenerwartet gewählt. In einem weiteren Ausschuss sind die Städte Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Offenburg, Konstanz, Eberbach, Lörrach, Wiesloch, Neuland, Pforzheim und Baden vertreten. Mit dem Wunsch, daß die Gesellschaft sechensreich wirken möge, schloß Geh. Rat Dr. Gausler die Versammlung.

* Nr. 3 des Gesetzes- und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung: des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: Änderung der Rostordnung für das Deutsche Reich betreffend.

Aus der Residenz.

R. Kammermusikabend. Im Museumsaal veranstalteten dieser Tage die bekannte Geigerin Anna Segner aus Basel und der Freiburger Komponist Julius Weismann, dessen künstlerisches Schaffen in weiteren Kreisen der Musikwelt mit berechtigtem Interesse verfolgt wird, einen Kammermusikabend zugunsten des Prinz-Max-Fonds (Fürsorge für badische Gefangene in Feindesland). Anna Segner hat, seit wir sie zum letzten male hörten, bemerkenswerte Fortschritte gemacht. In

Gefühl für Rhythmus und Dynamik scheint stärker ausgeprägt als früher, ihr kräftiger voller Ton hat an Bestimmtheit und Reinheit zugenommen. Aus ihrem Vortrag der Kreuzersonate von Beethoven und des Mozartschen Violinkonzerts in A-dur (K. Nr. 219) sprach echt musikalisches Empfinden. Auch ihr Bach-Spiel war eine respektable, obgleich noch nicht völlig ausgereifte Leistung. Mit großer Bravour und ausgezeichnetem Ausdruck spielte sie dann wiederum Weismanns opus 37: Variationen und Fuge für Violine und Klavier über ein altes „Ave Maria“, eine der wertvollsten und nach Ideengehalt und Ausführung interessantesten, des öftern stark an Brahms gemahnenden, dabei aber inhaltlich durchaus selbständigen Schöpfungen des Komponisten. F. Weismann erwies sich zugleich als Pianist von starkem Können, der, bei aller technischen Sicherheit doch allem Virtuositentum abhold, dem Hörer den Geist jedes Kunstwerks verständlich zu machen weiß. Die Darbietungen beider Künstler fanden lebhaften Beifall. Das Konzert war durch den Besuch Ihrer königlichen Ho-

heiten des Großherzogs u. der Großherzogin ausgezeichnet.

* Frau Palm-Cordes veranstaltet, wie bekannt, am 19. d. M. im neuen Konzerthaus einen Wagner-Abend für die Familien Karlsruher Krieger. Das Vortragsverzeichnis verspricht einen ausserordentlichen Kunstgenuss. Das Orchester wird zum ersten Male im neuen Gebäude beredt spielen und somit eine interessante Probe bieten. S. Königl. Hoheit der Großherzog hat sein Erscheinen in Aussicht gestellt.

Neueste Drahtnachrichten.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 17. Jan., vormittags. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz:
 Keine wesentlichen Ereignisse.
 In der Stadt Lens wurden durch das feindliche Artilleriefeuer 16 Bewohner getötet und verwundet.
Ostlicher Kriegsschauplatz:
 Schneestürme behinderten auf dem größten Teile der Front die Gesehtätigkeit. Es fanden nur an einzelnen Stellen Patrouillenkämpfe statt.

Balkan-Kriegsschauplatz: Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Newyork, 16. Jan. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Unterseeboot „B. 2“ ist infolge einer Explosion auf der Brooklyn Werft gesunken. 20 Personen wurden getötet.

Kapitulation Montenegros.

Budapest 17. Jan. Graf Tisza teilte im ungarischen Abgeordnetenhaus mit, Montenegro habe um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten. Montenegro habe unbedingte Waffenstilllegung angenommen.
 Nach Durchführung der Kapitulation würden die Friedensverhandlungen beginnen.
 Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:
 Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.
 Druck und Verlag:
 G. Braun'sche Buchdruckerei in Karlsruhe.

Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre Alten Herren und Inaktiven von dem am 13. ds. zu Karlsruhe erfolgten Ableben ihres lieben Alten Herrn, des

Direktors
der Großh. Hof- und Landesbibliothek
Geh. Hofrates Dr. phil. Alfred Holder
 (aktiv 1859)

geziemend in Kenntnis zu setzen. C.369

Die Burschenschaft Frankonia zu Heidelberg

Neues Konzerthaus

Mittwoch, 19. Januar, 8 Uhr
 zum Besten der Sammlung für die Familien Karlsruher Krieger (Städtische Kriegsfürsorge)

Wagner-Abend
 veranstaltet von Frau
Soffie Palm-Cordes
 unter Mitwirkung des
Großherzoglichen Hoforchesters
 Leitung: Herr Hofkapellmeister Alfred Lorentz

Vortragsfolge:

Parsifal: Vorspiel	Götterdämmerung:
Erzählung der Kundry	Trauermusik beim Tode Siegfrieds
3 Gedichte (instr. von Mottl)	Schlusgesang der Brünhilde
Tristan: Vorspiel	
Liebestod	

Karten zu 6.20, 5.20, 4.20, 3.20, 2.20 und 1.70 in der Hofmusikalienhandlung

Hugo Kuntz Nachfolger
Kaiserstraße 114 C.359

Kassenstunden nur von 9-1 und 3-7 Uhr

Waldstr. 16/18 **COLOSSEUM** Telephone 1938

Ab Sonntag den 16. Januar C.361

vollständig neue erstklassige Spezialitäten-Programm

Beginn der Vorstellung täglich abe: ds 8 Uhr, an Sonntagen auch nachmittags 4 Uhr

Deutsch soll auch die Feder sein.

			
Deutsche Siegelschreiber Nr. 480	Deutsche Glockenfeder Nr. 315	Deutsche Bürofenntlicher Nr. 400	Deutsche Sturmfeder Nr. 373

Die besten deutschen Büro-Federn
C. W. Leo Nachf. Inh. Hermann Wöhl **Leipzig-Pl.**
 Durch alle Schreibwarenhandlungen zu beziehen.

Mk. 500 000.

und mehr Geld zur Ausleihung an Städte steht zur Verfügung. Gest. Anfragen unter C. 325 an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung.

Stühle
 werden baureif gelehrt, repariert u. aufpoliert. Stuhlrestaur. Friedrich Ernst, Amalienstraße 24.

Grabdenkmäler
 hauptsächlich aus
rein weißem gelblichweiß geflammtem u. grünem Sandstein,
 sowie auch aus allen andern Steinsorten werden billigst nach Zeichnung angefertigt.

K. Gössel, Karlsruhe, Kriegstr. 97,
 Abteilung: Marmor-, Granit- u. Sandsteinindustrie.

Bad. Lokal-Eisenbahn, Akt.-Ges.
Karlsruhe i. B.

Bei der heute gemäß den Anleihebedingungen veranstalteten Auslosung von 56 Stück unserer 4 1/2 %igen Teilschuldverschreibungen wurden die Nummern: 24 78 240 867 427 549 590 644 686 732 1262 1454 1576 1791 1812 2009 2229 2339 2876 3077 3087 3106 3204 3461 3619 3659 3660 3890 3927 4058 4081 4141 4238 4260 4379 4397 4435 4488 5298 5309 5327 5515 5946 6070 6071 6346 6412 6413 6641 7332 7459 7509 7620 7683 7691 7701 zur Rückzahlung zum Nennwert (M. 1000.-) gezogen. Diese erfolgt vom 1. Juli 1916 ab bei den folgenden Einlösungsstellen:

Karlsruhe: Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, Gesellschaftskasse; Berlin: Bank für Handel & Industrie, Berliner Handels-Gesellschaft, S. Reichröder, Direction der Diskonto-Gesellschaft, von der Heydt & Co.; Köln a. Rh.: Sal. Oppenheim jr. & Co. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.; Düsseldorf: A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.; Frankfurt a. M.: Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M.; Mannheim: Rheinische Creditbank, sowie bei deren sämtlichen Zweiganstalten; Stettin: Wn. Schlotow,

gegen Rückgabe der ausgelosten Teilschuldverschreibungen mit den am 2. Januar 1917 und später fälligen Zinscheinen, nebst den Erneuerungsscheinen. Mit dem 1. Juli 1916 hört die Verzinsung auf; fehlende Zinscheine werden vom Kapitalbetrag in Abzug gebracht.

Karlsruhe, 15. Januar 1916.
Badische Lokal-Eisenbahnen, Aktien-Gesellschaft.
 Der Vorstand.

Bekanntmachung.
 Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kuchbaumholz und stehenden Kuchbäumen betr.

Der Staatsanzeiger und die amtlichen Verkündigungsblätter veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königl. stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armeekorps vom 15. Januar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kuchbaumholz und stehenden Kuchbäumen. Auf diese Bekanntmachung, deren Text auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 13. Januar 1916.
Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.
 Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kautschuk (Gummi), Guttapercha, Balata und Asbest sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe betr.

Der Staatsanzeiger und die amtlichen Verkündigungsblätter veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königl. stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armeekorps vom 4. Januar 1916, betr. Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kautschuk (Gummi), Guttapercha, Balata und Asbest sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe. Auf diese Bekanntmachung, deren Text auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 14. Januar 1916.
Großh. Bezirksamt.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 O. 337.2.1. Mannheim. Der Richter Georg Landstetter in Mannheim, Rosengartenstraße 17, hat als Nachlassverwalter über den Nachlass des am 17. November 1915 in Mannheim verstorbenen, ledigen, Kaufmanns Jakob Stoll, Inhabers der Firma Stoll und Kull Nachf. Jaf. Stoll in Mannheim, Metallschmelze und Bombenfabrik, Amerikanerstraße 5 und 7, wohn-

bei diesem Gericht anzumelden.
 Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten, urkundliche Beweismittel sind in Abschrift beizufügen.
 Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können, unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von dem Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt. Auch haften ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.
 Für die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie für die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, tritt, wenn sie sich nicht melden, nur der Rechtsnachteil ein, daß jeder Erbe ihnen nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.
 Mannheim, 8. Jan. 1916.
 Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts Z. 9.

Bekanntmachung.
 Die Rheinbahninspektion Offenburg verleiht mit vierwöchentlichem Zuschlagsfrist in öffentlicher Verdingung von rund 32 cbm tannenen Kantenholz, 430 qm tannenen Flechtungen, 390 qm eichenen Schiffbohlen, 10 cbm eichenen Kantenholz für die Schiffbrücke bei Offenburg. Maggebend für die Verdingung ist die Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907. Die Verdingungsbedingungen und die Angebotsordrude liegen hier und bei dem Brückenmeister auf. Angebote sind postfrei mit der Aufschrift „Holzlieferung“ zur Verdingungsverhandlung am Samstag, den 22. d. M., vormittags 11 Uhr, auf dem Geschäftszimmer Wilhelmstr. Nr. 2 einzureichen.

Bekanntmachung.
 Ausführung von Erbarbeiten und Gleisbauarbeiten für den Umbau der Station Reudingen bei Einführung des 2. Gleises zusammen zu vergeben. Erdbewegung 2300 cbm, Vängsflügelungen 1700 m, Anbeten von Böschungen 5000 qm, Strahengefüß 4300 qm, Einlegen von 10 Weichen und Legen von 1550 m Gleis. Bedingungen und Zeichnungen auf unserer Kanzlei zur Einsicht. Angebote mit Aufschrift sind verschlossen und postfrei bis Dienstag, den 25. Januar, abends 5 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage.
 O. 759.2.1
 Bellingen, 27. Dec. 1915.
Großh. Bahnbauinspektion.

Bekanntmachung.
 Die Fürstlich Fürstenerbergische Anstaltsgabe für 1916 ist zu vergeben. Die Schultheißenämter der ehemals Fürstlich Fürstenerbergischen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen f. Z. mitgeteilte Stiftungsurkunde vom Jahre 1864 ersucht, den zur Bewerbung Berufenen hieron gefl. Eröffnung zu machen, damit sie ihre Eingaben mit den vorgeschriebenen Zeugnissen längstens bis 1. März d. J. beim Fürstlichen Rentamt Sigmaringen einreichen.
 C.368

Stellenbelegung.
 Für die Dauer des Krieges ist an Stelle des einüber-

Verchiedene Bekanntmachungen.
 Die Fürstlich Fürstenerbergische Anstaltsgabe für 1916 ist zu vergeben. Die Schultheißenämter der ehemals Fürstlich Fürstenerbergischen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen f. Z. mitgeteilte Stiftungsurkunde vom Jahre 1864 ersucht, den zur Bewerbung Berufenen hieron gefl. Eröffnung zu machen, damit sie ihre Eingaben mit den vorgeschriebenen Zeugnissen längstens bis 1. März d. J. beim Fürstlichen Rentamt Sigmaringen einreichen.
 C.368

J. Groß Nachf.
 Inhaber: Stetter
Mannheim
 empfiehl
Flaggen und Banner
 aller Länder für
 Behörden, Schiffahrt,
 Handel, Industrie, Private.